



2017/43 Thema

<https://jungle.world/artikel/2017/43/massiv-aus-dem-nahoestlichen-raum-finanziert>

Sascha Adamek, investigativer Journalist und Filmemacher, über den »Scharia-Kapitalismus«

»Massiv aus dem nahöstlichen Raum finanziert«

Interview Von **Jonathan Weckerle**

Was beschreibt der Begriff Scharia-Kapitalismus, den Sie als Titel Ihres Buchs gewählt haben?

Scharia-Kapitalismus ist kein wissenschaftlicher Begriff, er soll Interesse wecken und entstand durch die Frage, wie sich denn eigentlich die islamistische Radikalisierung finanziert. Ich war etwa bei Koran-Verteilung der »Lies«-Kampagne dabei und habe dazu recherchiert. Dabei habe ich die Information bekommen, dass Katar damit zu tun habe, aber man wisse nichts Genaues. Mittlerweile glaube ich, man wollte es nicht so genau wissen. Ich habe herausgefunden, dass solche Kampagnen ganz massiv aus dem nahöstlichen Raum finanziert werden, von Staaten, in denen die Scharia im Staatsrecht verankert ist. Sie alle sind auch sehr gute Handelspartner Deutschlands. Alle Scharia-Staaten zusammengezählt verfügten im vorigen Jahr über ein Handelsvolumen von 58 Milliarden Euro mit Deutschland, das ist mehr als ein Drittel des Handels mit den USA. Der Titel Scharia-Kapitalismus ist allerdings auch doppelbödig, da die Scharia theoretisch viele der Dinge verbietet, die zu Recht kritisiert werden, also bestimmte Finanzgeschäfte, Drogenhandel, Waffenhandel. Nur sieht die Realität ganz anders aus.

»Hinter der Beißhemmung gegenüber diesen Regimen steckt auch die deutsche Exportwirtschaft.«

Islam und Kapitalismus vertragen sich in der Realität also ganz gut?

Katar ist ein Land, das zu Unrecht als sehr modern dargestellt wird. Es wird wahnsinnig viel gebaut, auch für die Fußballweltmeisterschaft. Der Arbeitsmarkt dort ist mehr als prekär, es gibt Millionen von Gastarbeitern, die jederzeit abgeschoben werden können und für die nur 300 000 katarischen Staatsbürger arbeiten. Der Islam als Religion lehrt auch Barmherzigkeit, sozialen Ausgleich und Spenden. Praktisch verhindert er jedoch auch dort, wo er Staatsreligion ist, extreme Ausbeutung nicht. Das ist wie mit der Vatikanbank, die jahrelang mit Waffen- und Drogenhändlern Geschäfte gemacht hat. Der fromme Anspruch

entspricht nicht der Wirklichkeit.

Wenn es um Probleme mit islamischem Konservatismus und islamistischer Radikalisierung geht, werden meist andere Ursachen als Geld genannt.

Monokausale Erklärungen sind nie tauglich. Es gibt Benachteiligungsgefühle und auch reale Benachteiligung, und dann trifft viel Geld von sehr reichen Leuten auf Menschen, die hier nicht auf der Sonnenseite leben und ganz klassisch durch einen konservativen bis radikalen Islam darüber hinweggetröstet werden sollen. Eine große Moschee, die auch viele Flüchtlinge anzieht, ließe sich ohne Geld aus dem Nahen Osten nicht finanzieren. Und leider herrscht in Staaten wie Katar ein Islambild vor, das man hier salafistisch nennen würde.

Wird der Handel auch bewusst als Instrument eingesetzt, um diese Weltsicht zu verbreiten?

Einerseits gehört die religiöse Pflicht, 2,5 Prozent des Gewinnes zu spenden, ganz selbstverständlich dazu und wird ebenso wenig hinterfragt wie die Art des Islams, die mit dem Geld exportiert wird. Ich glaube aber nicht, dass es dabei die Intention gibt, Deutschland zu schaden, es fehlt einfach an Unrechts- und Problembewusstsein. Gerade deshalb müsste die deutsche Regierung hier offensiv Einspruch einlegen, dann würde sich auch etwas bewegen. Es gab Anfragen der Grünen und der Linkspartei zu den Finanzströmen, aber die Bundesregierung hält die Informationen geheim. Diese unterlägen dem geheimdienstlichen Quellenschutz und eine Offenlegung widerspräche den Interessen der Bundesrepublik, so die Begründung.

Inwiefern dient der Scharia-Kapitalismus der Förderung von Terrorismus?

Allein wenn sie auf die Terrorliste der UN blicken, stehen dort zwölf katarische Persönlichkeiten. In keinem von mir geprüften Fall wird denen in Katar auch nur ein Haar gekrümmt. Dass der ehemalige Präsident der Fußballassoziation Millionen an al-Qaida überwiesen hat, wird hingenommen. Katar muss deshalb unter Druck gesetzt und angeprangert werden.

Statt internationalem Druck hat Katar den Zuschlag für die Fußball-WM 2022 erhalten.

Der ehemalige DFB-Präsident Theo Zwanziger hat Katar als Krebsgeschwür des internationalen Fußballs bezeichnet und einen anschließenden Prozess wegen dieser Aussage gewonnen. Es ist bekannt, dass in der Fifa Briefumschläge mit Geld herumgereicht wurden. Aber unabhängig von der Frage der Korruption ist es auch ökologisch Wahnsinn, dort eine WM auszurichten. Außerdem steht Katar ganz oben auf dem internationalen Sklavereindex. Man sollte die WM schleunigst woanders hin verlegen.

Das wird wohl nicht geschehen. Ein weiteres Zeichen für eine zu große Willfährigkeit gegenüber Scharia-Staaten?

Die Iran-Sanktionen waren noch nicht außer Kraft gesetzt, da reiste Außenminister Sigmar Gabriel schon mit einer großen Wirtschaftsdelegation nach Teheran. Der letzte Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel in Riad führte zu der Bemerkung, in Sachen Menschenrechten müssten noch dicke Bretter gebohrt werden. Natürlich steckt hinter der Beißhemmung gegenüber diesen Regimen auch die deutsche Exportwirtschaft. Der Druck

deutscher Konzerne und Banken, nicht zu offensiv die beschriebenen Probleme anzugehen, ist hoch. Das alte Märchen, man sei abhängig von deren Gas oder Öl, trifft jedoch zumindest auf Deutschland nicht zu.

Sie beschreiben, wie Investoren aus Scharia-Staaten immer mehr Anteile an deutschen Unternehmen und Banken erwerben.

Katar, Kuwait, Saudi-Arabien, das sind alles Staaten, die von Öl und Gas abhängig sind, aber sie haben erkannt, dass beides endlich ist und sie ihre Wirtschaft diversifizieren müssen. Man investiert in angesehene westliche Konzerne, um die Abkehr von Öl und Gas zu bewerkstelligen. Aber diese Beteiligungen dienen auch als Druckmittel. Voriges Jahr wurden zum Beispiel 28 Seiten in einem US-Bericht zum 11. September blockiert, auf denen es um die direkte Beteiligung saudischer Staatsbürger am Anschlag ging. Saudi-Arabien drohte, mehrere 100 Milliarden Dollar aus den USA abzuziehen. Natürlich hätte das beiden Seiten geschadet, aber man hat mit den Muskeln gespielt und gezeigt, was passieren könnte.

Wie steht es um den oft behaupteten Zusammenhang von Kapitalismus und Freiheit, der sich nun auch in Scharia-Staaten zeigen könnte, wie etwa in Saudi-Arabien, wo Frauen bald Auto fahren dürfen?

Es wäre zu wünschen, dass dieser Effekt eintritt, aber das passiert nicht von alleine, sondern nur, wenn man dafür sorgt. Das zeigt das Beispiel der Malediven, auf denen vor zehn Jahren noch ein liberaler Islam herrschte; inzwischen ist dort die Scharia mit all den schrecklichen Strafen Teil des Rechts. Es gibt 88 Inseln mit Tourismus, aber wenn die Menschen auf den 220 anderen Inseln die gleichen Dinge wie die Touristen tun würden, gäbe es Stockhiebe oder Schlimmeres.

Die Bundesregierung hat jüngst das Budget für den türkischen Islamverein Ditib um 80 Prozent gekürzt. War das ein richtiger Schritt?

Der Schritt war überfällig, zumal das Geld auch für die Integration von Flüchtlingen genutzt wird. Integration muss säkular bleiben, entsprechend sollte das Geld auch verteilt werden. Ditib wird sich allerdings an diesem Schritt nicht stören, da die Vereinigung komplett am Tropf der türkischen Religionsbehörde hängt. Wenn die Evolutionstheorie aus türkischen Schulbüchern gestrichen wird, schlägt das auch auf Kinder in Deutschland zurück, die mit solchen Bildungsmodellen konfrontiert werden. Man sollte das auf keinen Fall mit Steuergeldern subventionieren.

In ihrem Buch zeichnen Sie, zugespitzt ausgedrückt, das Bild skrupelloser westlicher Geschäftemacher, die die Islamisierung im Westen billigend in Kauf nehmen oder gar fördern. Haben die rechten Kräfte in Deutschland und weltweit, die das ähnlich sehen, hier also recht?

Rechtspopulisten sprechen gerne von der Islamisierung der Gesellschaft oder ganzer Länder, das sehe ich nicht. Die Sparkasse oder die Deutsche Bank werden nicht islamisiert, nur weil sie eine Scharia-Abteilung haben. Was aber stattfindet – das sagen auch liberale Muslime –, ist eine Islamisierung bislang säkular lebender Muslimen in Deutschland. Das sind Millionen und es ist besonders besorgniserregend, wenn es Kinder und Jugendliche trifft.

Sehen Sie linke oder liberale Kräfte in Deutschland, die eine angemessene Religionskritik äußern?

Es gibt den scheidenden religionspolitischen Sprecher der Grünen, Volker Beck, der das jahrelang intensiv betrieben hat. Die Linkspartei und das Büro von Sevim Dağdelen haben sehr viele Anfragen zum Thema Finanzierung gestellt. In der SPD hingegen sehe ich niemanden, der oder die sich dieses eigentlich ursozialdemokratischen Themas annimmt, weil es eben auch Bevölkerungsgruppen trifft, die zumeist nicht über ein dickes Portemonnaie verfügen.